



PRESSEMITTEILUNG

Nr.
22.06.2010

Gleichstellung: Konzertierte Aktion Frauenquote

Zur Diskussion um eine Frauenquote in börsennotierten Unternehmen sagt die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Marret Bohn**:

Gleichstellung kann nur funktionieren, wenn Frauen und Männer in allen Lebensbereichen gleich vertreten sind. Da darf die Wirtschaft keine Ausnahme bleiben. Wir Grünen in Schleswig-Holstein begrüßen den Vorstoß des Hamburger Justizsenators Till Steffen für eine Quotierung börsennotierter Unternehmen. Wir fordern Justizminister Schmalfuß auf, sich dieser Forderung anzuschließen und gemeinsam mit Steffen auf der Justizministerkonferenz für eine „konzertierte Aktion Frauenquote“ zu kämpfen. Die Zeit hierfür ist mehr als reif.

Unternehmen, die wie die deutsche Telekom freiwillig eine interne Frauenquote festlegen, muss „frau“ mit der Lupe suchen. Freiwilligkeit funktioniert nicht, das hat die Realität in Deutschland gezeigt. Auch die aktuellen Vorschläge von Bundesfrauenministerin Köhler greifen zu kurz. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich, da kann und muss eine gerechte Quote folgerichtig bei 50 Prozent liegen. Justizminister Schmalfuß hat in Schleswig-Holstein für Hoffnung und hohe Erwartungen gesorgt. Auf der Vollversammlung der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten am 28.04.2010 in Kiel sagte er: „Es geht bei vielen Gleichstellungsfragen nicht mehr um das eigentliche Definieren von Zielen, sondern um das reale und vor allem nachhaltige Erreichen derselben. Der Idealzustand ist erst erreicht, wenn die Debatte über das Thema Gleichstellung nicht mehr existiert.“

„Wir Grünen nehmen ihn beim Wort und fordern, dass Minister Schmalfuß auf der Justizministerkonferenz seinen Worten Taten folgen lässt und für die Frauenquote kämpft. Norwegen ist mit seiner 40-Prozent-Frauenquote wirtschaftlich und sozial mehr als gut gefahren. Studien belegen, dass sich ein maßgeblicher Anteil von Frauen in den Führungsetagen sowohl steigernd auf Gewinn und Umsatz als auch positiv auf Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auswirkt. Ein Vorstoß der Grünen Bundestagsfraktion zur Einführung einer Frauenquote für börsennotierte Unternehmen wurde im Bundestag von CDU und FDP abgelehnt – ebenso wie im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Jetzt sind die Minister an der Reihe.“

Kontakt

Marret Bohn (<http://www.sh.gruene-fraktion.de/cms/fraktion/dok/310/310893@de.html>)